

**Verabschiedung des Nachtrags zum Produkthaushalt  
2005/2006**

**Nachtragshaushalt sichert die  
Zukunftsfähigkeit der Stadt**

**Rede von Stadtkämmerer Horst Hemzal in der  
Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2005**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Gliederung****Seite**

1	Allgemeines.....	3
2	Der Auslöser – die Veräußerung der Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse .....	3
3	Notwendige Infrastruktur nicht „Kaputtsparen“ .....	5
4	Aktuelle Finanzsituation .....	8
5	Gesamtbewertung.....	9

## 1 Allgemeines

Anrede (n),

ich habe Ihnen den Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2005/2006 unter der Überschrift „**Trotz Risiken - Frankfurt auf gutem Weg**“ vorgestellt.

Unsere Stadt ist auf gutem Weg – als Beleg hierfür darf auch der heutige Nachtragshaushalt gelten, der zur Verabschiedung ansteht.

Er steht für mich unter der Überschrift

**„Nachtragshaushalt sichert die Zukunftsfähigkeit der Stadt“.**

Dieser Nachtrag entscheidet über die Verwendung des Veräußerungserlöses aus dem Verkauf der Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse. Der Magistrat hat vorgeschlagen, den überwiegenden Teil des Erlöses für die Schuldentilgung und einen Teilbetrag von 72,5 Mio. € zum Abbau des Sanierungsstaus einzusetzen. Der Sanierungsstau soll vor allem dort gemindert werden, wo es die Bürgerinnen und Bürger besonders betrifft: Bei der Sanierung von Straßen, Plätzen und Radwegen – auch und gerade in den Stadtteilen -, im Bereich Schulen und Kindertagesstätten, sowie der Sportanlagen.

Der Ihnen vorgelegte Nachtrag hat keine anderen Positionen zum Gegenstand, d.h. es werden zum Beispiel keine Planzahlen bei den Steuereinnahmen o.ä. verändert. Sie sind mit den Quartalsberichten der Stadtkämmerei hinreichend zeitnah über die aktuelle Lage informiert, sodass Sie wissen, dass der Magistrat daran arbeitet, ein erneutes jahresbezogenes Defizit jenseits der 100-Millionen-€-Grenze zu vermeiden.

Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Sommerwochen unter hohem Zeitdruck den Entwurf zum Nachtragshaushalt erstellten, für ihre Arbeit ganz herzlich danken. Damit konnte sich die Stadtverordnetenversammlung ohne Zeitdruck mit dem Nachtragshaushalt befassen.

## 2 Der Auslöser – die Veräußerung der Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse

Die Frankfurter Sparkasse ist im Jahr 1989 aus der Fusion der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft) mit der Stadtparkasse Frankfurt am Main hervorgegangen. Sie hatte die Rechtsform eines wirtschaftlichen Vereins nach § 22 Bürgerliches Gesetzbuch.

Meine Damen und Herren, Sie haben dem Vorschlag des Magistrats, der Ergebnis von zähen Verhandlungen war, zugestimmt, die städtische Beteiligung (40 %) an der Frankfurter Sparkasse an die Landesbank Hessen-Thüringen zu veräußern.

Hierzu war zunächst die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft notwendig, bevor dann die Regelungen des Ihnen vorgelegten Aktienkaufvertrages greifen konnten.

Das Rechtsgeschäft wurde inzwischen notariell beurkundet und alle weiteren Arbeiten, die im Kaufvertrag vorgesehen waren, wurden erledigt, sodass mit Wirkung vom 08. September der Zahlungseingang erfolgte.

Zu den Gründen für den Verkauf der Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse:

Die Aufsichtsbehörde hatte mit den Auflagen zu den Haushalten 2002 und 2003 die Stadt aufgefordert, einen Verkauf ihrer Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse zu prüfen. So heißt es in der Auflage Nr.13 zum Haushalt 2002 wörtlich: „eine vollständige oder teilweise Veräußerung der städtischen Anteile an der Frankfurter Sparkasse ist zu prüfen, da die Kapitalrendite dieser Beteiligung vergleichsweise niedrig und ein zwingendes kommunalpolitisches Interesse an der Beteiligung nicht erkennbar ist“.

Hinzu kamen seit dieser Zeit die sich verschärfenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Steigerung der Risikotragfähigkeit eine Eigenkapitalzufuhr sinnvoll erscheinen ließen, die aber von den Mitgliedern des Wirtschaftlichen Vereins – insbesondere von der Polytechnischen Gesellschaft - nicht oder nur schwerlich geleistet werden konnte. Nachdem sich der Mehrheitsgesellschafter, also die Polytechnische Gesellschaft, zu einem Verkauf ihrer Beteiligung entschlossen hat, hat sich die Stadt diesem Vorgehen unter der Voraussetzung angeschlossen, dass ein angemessener Kaufpreis erzielt werden würde.

Die Verkaufsverhandlungen mit der Landesbank Hessen-Thüringen dauerten von Dezember letzten Jahres bis in den Sommer diesen Jahres.

Um den Wert ihrer Beteiligung zu ermitteln hat die Stadt Ende letzten Jahres bei der Deutschen Bank ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Polytechnische Gesellschaft hatte die Investmentbank Goldman Sachs mit der Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung der Frankfurter Sparkasse beauftragt.

Am 13. Mai 2005 haben die Polytechnische Gesellschaft, die Stadt und die Landesbank Hessen-Thüringen eine Eckwertvereinbarung über die wesentlichen Punkte eines Erwerbs der Frankfurter Sparkasse getroffen.

Für den Erwerb sämtlicher Aktien an der Frankfurter Sparkasse AG ist ein Kaufpreis in Höhe von Euro 725 Mio. vereinbart, der den Verkäufern entsprechend ihren Anteilen an der Frankfurter Sparkasse zufließen soll. Hinzu kommt ein Besserungsschein zugunsten der Verkäufer für etwaige Steuererstattungen auf Teilwertabschreibungen der Frankfurter Sparkasse auf Investmentfondsanteile in den Jahren 2001 und 2002 sowie eine anteilige

Gewinnberechtigung der Verkäufer bis zum Vollzugstag, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2005. Es wäre jedoch aus heutiger Sicht zu früh, über die Höhe dieser uns eventuell noch zufließenden Leistungen Aussagen zu treffen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen hat sich verpflichtet, die Frankfurter Sparkasse unter ihrem heutigen Namen in ihrem heutigen Geschäftsgebiet für fünf Jahre fortzuführen und die Rechtsform der Aktiengesellschaft für drei Jahre beizubehalten.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Verkauf der Beteiligung an der Frankfurter Sparkasse zum Marktwert und somit zum vollen Wert gemäß § 109 Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) erfolgte.

### **3 Notwendige Infrastruktur nicht „Kaputtsparen“**

Betrachten wir die den Sanierungsstau in seiner Entwicklung:

Die Konsolidierungsmaßnahmen, die nun schon seit über 10 Jahren erfolgen, haben auch im Bestand städtischer Infrastruktur ihre Spuren hinterlassen.

Im Verwaltungshaushalt betrug während der ersten Finanzkrise die Spitze der kumulierten Defizite in 1995 rd. 453 Mio. € Nachdem diese abgebaut werden konnten, ohne aber deutliche Beiträge zur Instandhaltung der Infrastruktur geben zu können, sind diese nunmehr wieder auf rd. 622 Mio. €(aktueller Stand) angewachsen.

Auch auf der Vermögensseite war nach dem extensiven Veräußern von städtischem Vermögen Mitte der 90iger Jahre zur Schuldenbegrenzung und zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes kein Spielraum vorhanden.

Maßnahmen im Bauunterhalt und für grundlegende Sanierungen wären dennoch dringend erforderlich gewesen. Wir haben versucht für Baumaßnahmen insgesamt eine Jahresrate von rd. 300 Mio. € p.a. im Vermögenshaushalt zu verkraften, was uns aber durch die Auflage zur Vermeidung einer Nettoneuverschuldung nicht vollständig gelingen konnte.

Das Problem der einstigen Sonderstellung der Stadt Frankfurt am Main als freie Reichsstadt wirkt bis heute nach. Ich darf dies noch einmal kurz skizzieren:

Vergleichbare bundesdeutsche Großstädte sind heute entweder Landeshauptstadt eines Flächenstaates mit Zentralfunktion oder Stadtstaat geworden und finanzieren sich damit zu einem beachtlichen Teil zusätzlich aus Landesmitteln, z.B. auch für den Unterhalt der entsprechenden Infrastruktur.

Frankfurt am Main trägt einerseits noch bis zur Gegenwart die Lasten der Erfüllung von Landesaufgaben aus der Vergangenheit, andererseits haben neue Aufgabenübertragungen – freundlich scheinend „Kommunalisierung“ genannt – zu zusätzlichen Belastungen trotz des geltenden Konnexitätsprinzips geführt.

Die geografische Lage unserer Stadt im Mittelpunkt der Bundesrepublik führt dazu, dass ein wesentlicher Teil unserer Entwicklung auf die sehr gute verkehrliche Infrastruktur zurückzuführen ist. Mit einem europäischen Großflughafen, guten Bahnverbindungen, Hafenanbindung und gut ausgebauten ÖPNV- und hervorragenden Autobahnanbindungen stellen wir sicher, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung auch weiterhin überdurchschnittlich gute Chancen aufweist. Unsere hohe Arbeitsplatzdichte führt dazu, dass die Infrastruktur für Verkehr, Ver- und Entsorgung, wie Straßen, Entwässerung etc. nicht nur für rd. 650.000 Einwohner, sondern auch für die Einpendler vorzuhalten ist, d.h. das letztlich Daseinsvorsorge für über 1 Mio. Menschen von unserer Stadt geleistet wird. Dies zieht entsprechende Kosten nach sich.

Als Verkehrsknotenpunkt, „Kulturhauptstadt der Region“, Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort, Wissenschaftsstadt erfüllen wir mannigfaltige Aufgaben, die in Anbetracht der finanziellen Krise aller Kommunen auch von uns als steuerstarke Stadt letztlich nicht dauerhaft in der bisherigen Form ohne Defizite finanziert werden können.

Betrachtet man den Zeitraum zwischen den Jahren 1975 bis 2000, so hat unsere Stadt umgerechnet in € folgende Beträge im Rahmen von Investitionen nach Abzug aller Finanzzuweisungen alleine getragen:

- Straßenbau: rd. 400 Mio. €
- Wohnungsbauförderung: knapp 800 Mio. €
- Schulen über 560 Mio. €
- Kindertagesstätten über 105 Mio. €
- Sport über 175 Mio. €
- Stadtbahnbau: 150 Mio. € zusätzlich zum
- S-Bahnbau in Höhe von 123 Mio. €
- Parks, Gartenanlagen, Stadtgrün über 85 Mio. €

Alleine die jetzt vorgetragenen Zahlen belaufen sich auf 2,4 Mrd. € Diese Belastung hat die Stadt alleine getragen. Hinzu kämen noch zahlreiche Aufgabengebiete, zu denen ich keine Zahlen vorgetragen habe. Die Stadt hat nicht – wie gerne behauptet wird – über ihre Verhältnisse gelebt, d.h. verschwenderisch gehandelt, sondern sie hat mit ihren Investitionen den Grundstein für die heutige soziale, integrative, aber auch wirtschaftliche und arbeitsplatzwirksame Kraft gelegt.

Nur ist es so, dass die aufgebaute Infrastruktur - die erheblichen Nutzen auch für das gesamte Land Hessen und insbesondere für die Region abwirft – mit Beginn der Finanzkrise in den 90iger Jahren im laufenden Unterhalt gelitten hat.

Wie bereits dargelegt hat auch die kurze wirtschaftliche Erholung daran kaum etwas geändert.

Mit Hilfe des Nachtragshaushaltes stehen für Investitionen in 2005 und 2006 insgesamt folgende Mittel für die einzelnen Bereiche zur Verfügung:

Den wesentlichsten Anteil an den Gesamtausgaben von	<b><u>rd. 705 Mio. €</u></b>
hat der Bau und Unterhalt von Verkehrsanlagen mit	rd. 306 Mio. €
danach kommt der Bereich Bildung mit	rd. 117 Mio. €
gefolgt vom Bereich Stadtplanung mit	rd. 76 Mio. €
den Investitionen für den Sport in Höhe von	rd. 43 Mio. €
den Ausgaben im Umweltbereich in Höhe von	rd. 36 Mio. €
und Investitionen im Bereich Kultur mit	rd. 29 Mio. €
Ferner stehen für Grundstücksgeschäfte	rd. 50 Mio. €
zur Verfügung und die übrigen Investitionen,	
verteilt auf eine Vielzahl von Bereichen machen	rd. 47 Mio. €
aus.	

Damit sind die Weichen für die Beschleunigung der Sanierung unserer Infrastruktur gestellt. Es muss jedoch Ziel sein – gleich welche politische Konstellation dann die Verantwortung tragen sollte – mit den Haushalten 2007 und 2008 weitere Sanierungsschritte - und diese möglichst ohne Mittel aus Vermögensveräußerungen - folgen zu lassen.

Die Schuldentilgung, die durch den Anteilsverkauf der Frankfurter Sparkasse ermöglicht wird, wird uns zukünftig im Verwaltungshaushalt mit etwas über 7 Mio. € jährlich entlasten.

#### 4 Aktuelle Finanzsituation

Unsere aktuelle Situation ist gekennzeichnet durch eine stabile Gewerbesteuerentwicklung bei den laufenden Einnahmen. Die Mehreinnahmen in diesem Jahr beruhen allerdings größtenteils auf Nachzahlungen für vorangegangene Jahre. Sie werden durch Mindereinnahmen im Bereich des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer, beim Umsatzsteueranteil und beim Grunderwerbssteueranteil zum Teil aufgezehrt. Für die Gewerbesteuer sind nach aktuellem Stand Einnahmen von rd. 1.050 Mio. € zu erwarten, also Mehreinnahmen in Höhe von rd. 120 Mio. € von denen nach Abzug der Umlage uns rd. 100 Mio. € netto verbleiben.

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer werden um rd. 39 Mio. € hinter der Veranschlagung zurückbleiben, beim Umsatzsteueranteil um rd. 6 Mio. € und selbst wenn der Grunderwerbssteueranteil noch das Vorjahresniveau erreichen sollte – was unwahrscheinlich ist – so würde dies Mindereinnahmen von rd. 17 Mio. € bedeuten. Sie sehen, dass uns aus der guten Gewerbesteuerentwicklung nur noch knapp 40 Mio. € verbleiben können, die den Haushalt entlasten.

Dies zwingt uns weiterhin zu größter Ausgabendisziplin. Zielvorgabe muss es sein, das Jahresbezogene Defizit 2005 nicht nur unter die 100 Mio. €-Grenze zu drücken, sondern wenn möglich, nahe an der 50 Mio. €-Grenze zu halten. Dies sage ich bewusst auch vor dem Hintergrund anstehender Mehrkostenvorlagen, wobei die Dezernate nicht zuletzt im Sinne der anstehenden Jahresabschlussarbeiten gebeten wurden, anstehende Vorlagen nunmehr bis spätestens Anfang Dezember in den Geschäftsgang zu geben.

Für den Haushalt 2007 muss ich an dieser Stelle auf die Auflagen der Aufsichtsbehörde hinweisen, die in 2006 noch ein gutes Stück Arbeit erfordern werden. Wir stehen noch vor der Aufgabe, wie Sie wissen, aus dem 200 Mio. €-Paket die noch nicht **nachhaltig** erfüllte Konsolidierung nachzuweisen, die Ämterstruktur, aber auch die kommunalpolitischen Gremien sind zur Überprüfung empfohlen und die Personalentwicklung soll künftig nach Produktbereichen gezielter gesteuert werden, um nur einige Dinge zu nennen. Ferner bleibt das Thema Sanierung der Städtischen Kliniken höchst auf der Tagesordnung – hierunter verstehe ich die Hauptaufgabe der finanziellen Sanierung, wie auch die damit verbundene Frage einer baulichen Sanierung. Dagegen

hoffe ich, dass andere Themen, wie z.B. der Gebührenhaushalt Straßenreinigung, sich in nächster Zeit nicht zu neuen Belastungen auswachsen.

Sehr aufmerksam gilt es auch die Umsetzung der Pläne in Berlin zu verfolgen. Wenn die anderen staatlichen Ebenen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, so ist dies sehr zu begrüßen, weil sich dies mit Sicherheit auch positiv für die Kommunen auswirken wird.

Wenn man den Blick auf die Region richtet, so verzeichnen wir mit Überraschung, dass eine Anzahl von Nachbargemeinden die Gewerbesteuerhebesätze senkt. Dies überrascht vor allem deshalb, weil über die Finanzierung von regionalen Aufgaben und die Frage eines Beitrages zur Finanzierung der Infrastruktur der Kernstadt heftig gestritten wird unter Hinweis auf die angeblich so prekäre Finanzlage der Nachbargemeinden. Für eine Maßnahme des Steuerdumpings scheint es allemal zu reichen, nicht aber für eine stärkere Beteiligung bei der Lösung regionaler Aufgaben. Hier trägt die Stadt Frankfurt nach wie vor den Löwenanteil und erfährt kaum eine Entlastung. Dieses Vorgehen schwächt in Wahrheit die Region, die ihre Chancen nicht nachhaltig verbessern kann, weil dies regelmäßig an Finanzierungsfragen scheitert oder zu scheitern droht.

Hier ist das Land gefordert, über den kommunalen Finanzausgleich die zentralörtlichen Faktoren, die regional wirken, in stärkerem Umfang als bisher zu berücksichtigen.

## **5 Gesamtbewertung**

Meine Damen und Herren, die Zeiten, wo Einnahmen zu verteilen waren, sind längst vorbei. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt durch den Bundestagswahlkampf nunmehr bei allen Bürgerinnen und Bürgern angekommen. Auch die demographische Entwicklung wirkt künftigen Wachstumsimpulsen entgegen. Die Infrastruktur unserer Stadt bietet aber die Chance negative Entwicklungen zu vermeiden. Deshalb ist es nach meiner Überzeugung richtig und wichtig, den Investitionshaushalt zu verstärken.

Wir sichern damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Der Oberbürgermeisterin und den Kolleginnen und Kollegen danke ich für das konstruktive Zusammenwirken. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.